

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08  
Telefon: (02 26) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Hans-Jochen Vogel, SPD-Kanzlerkandidat, unterstreicht, daß es bei den Mittelstreckenraketen einen Stationierungs-Automatismus nicht geben darf:  
**Lichter der Hoffnung.**

Seite 1

Erwin Horn MdB nach der Rudel-Beisetzung: Hat der Verteidigungsminister einen Sinneswandel vollzogen?

Seite 3

Egon Lutz MdB zum KOMM-Skandal: Viele Fragen ungeklärt.

Seite 4

Ludwig Stiegler MdB betont, daß Zonenrandförderung eine deutschlandpolitische Aufgabe bleibt:  
**Den Menschen helfen.**

Seite 6

### Dokumentation

Bonner Erklärung zur Förderung des Zonenrandgebietes.

Seite 8

37. Jahrgang / 244

23. Dezember 1982

Lichter der Hoffnung  
-----

Von Dr. Hans-Jochen Vogel  
Kanzlerkandidat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Sorge, der nukleare Rüstungswettlauf führe die Menschheit immer näher an einen Abgrund, der sie insgesamt verschlingen könne, nimmt weltweit zu. Unter denen, die ihre Stimme immer lauter erheben und den Supermächten zurufen: Haltet ein!, treten nicht ohne Grund die christlichen Kirchen immer stärker hervor. Die Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche bei uns, die Überlegungen der katholischen Bischöfe in den Vereinigten Staaten und die von Mal zu Mal dringlicheren Appelle von Papst Johannes Paul II. unterstreichen das in besonderer Weise.

Im Einklang damit sagen die Sozialdemokraten im Entwurf ihres Wahlprogramms:

"Die Verhandlungen in Genf über eurostrategische Raketen müssen mit dem Ziel geführt werden, sowjetische Raketen abzubauen, um die Einführung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen überflüssig zu machen. Ohne die Einwirkung der Bundesregierung Helmut Schmidts wären die Verhandlungen in Genf über die eurostrategischen Raketen nicht zustande gekommen. Es ist Aufgabe jeder Bundesregierung, auf beide Weltmächte einzuwirken, damit dieses Ziel erreicht wird. Einen Automatismus der Stationierung darf es nicht geben."

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 26) 8 12-1

Vertrieben durch  
den Bundesverband  
der Sozialdemokratischen  
Partei



Und weiter: "Wir Sozialdemokraten werden im Herbst 1983 entscheiden, welche Folgerungen aus dem bis dahin erreichten Verhandlungsstand zu ziehen sind. Die sowjetische und amerikanische Seite müssen sich von ihren Ausgangspositionen auf einen Kompromiß zubewegen. Wenn die Genfer Verhandlungen mangels Verständigungswillens einer Seite kein Ergebnis erzielen sollten, so würde dies unsere Entscheidung wesentlich beeinflussen."

Erfreulicherweise hat es inzwischen den Anschein, als ob in die Genfer Verhandlungen Bewegung kommen könnte. In den Vereinigten Staaten hat der frühere SALT-Chef-Unterhändler Paul C. Warnke einen Vorschlag unterbreitet, der weiterführen könnte. Und der erste Mann der Sowjetunion, Juri Andropow, hat seinerseits ein Angebot gemacht, das noch keineswegs dem entspricht, was am Ende der Verhandlungen stehen müßte. Aber es verdient schon deshalb Interesse und Aufmerksamkeit, weil darin erstmals Raketen gegen Raketen und Flugzeuge gegen Flugzeuge verrechnet werden. Dies zeigt, daß sich die Sowjetunion von ihrer Ausgangsposition auf eine realistischere Positionen zubewegt, die eine Verständigung nicht mehr völlig ausgeschlossen erscheinen läßt.

Kurz vor Weihnachten schimmern also am Horizont der Genfer Verhandlungen erste Lichter der Hoffnung. Die deutschen Sozialdemokraten und ich als Kanzlerkandidat werden in der Fortsetzung der Politik Willy Brandts und Helmut Schmidts alles tun, damit die Hoffnung Wirklichkeit wird. Denn Hoffnung ist - nach einem Wort von Ernst Bloch - ins Gelingen verliebt, nicht ins Scheitern. (-/23.12.1982/ks/ca)

+ + +



Wörner gefordert

Hat der Verteidigungsminister einen Sinneswandel vollzogen?

Von Erwin Horn MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Die SPD begrüßt die Ankündigung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium der Verteidigung Würzbach, eine umgehende Überprüfung der Meldungen über die Vorkommnisse bei der Beerdigung von Herrn Rudel vorzunehmen. Die Sozialdemokratische Partei teilt auch die Wertung, daß sich Rudel niemals völlig vom Nationalsozialismus abgekehrt hatte, ein Gegner unserer Demokratie und demzufolge zeitlebens gegen die Bundeswehr eingestellt war. Das Verbot einer offiziellen Teilnahme von Bundeswehr-Angehörigen an der Beerdigung ist somit nur konsequent und richtig.

Bleibt nur als Fragezeichen, gegenüber den jetzigen politischen Leitung des Verteidigungsministeriums, ob diese Aussagen lediglich die Meinung des Parlamentarischen Staatssekretär wiedergeben oder ob sie auch das Ergebnis neuer Einsichten und eines Sinneswandels von Verteidigungsminister Dr. Wörner darstellen.

Noch im Sommer 1976 hatte sich Herr Wörner als Oppositionsführer für ein Traditionstreffen des Geschwaders Immelmann mit Herrn Rudel stark gemacht und in einem Schreiben an den Inspekteur der Luftwaffe erklärte Herr Wörner: "Ich kenne die politischen Auffassung von Herrn Rudel nicht."

Gleichwohl stellte er gegen den untadeligen Demokraten Georg Leber als Verteidigungsminister einen Mißtrauensantrag im Parlament, weil Leber die Generale Franke und Krupinski aufgrund ihrer dubiosen Haltung zu diesem Vorgang entließ.

Der Verteidigungsminister Wörner selbst ist nun gefordert. Er muß unmißverständlich erklären, wo er steht und wohin er die Bundeswehr politisch führen will.

(-/23.12.1982/bgy/ca)

+ + +



### Viele Fragen ungelöst

---

#### Bemerkungen zum KOMM-Skandal

Von Egon Lutz

Mitglied des Deutschen Bundestages

Gerade noch rechtzeitig vor Weihnachten hat die 13. Große Strafkammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth für 17 Angeklagte im größten Massenverhaftungsskandal der Nachkriegsgeschichte die Gerichtsakten geschlossen, das Verfahren eingestellt und den Angeschuldigten eine Haftentschädigung aus der Staatskasse zugesprochen. Ein gutes Signal für weitere 50 meist jugendliche Verdächtige? Man möchte es hoffen. In den 655 Tagen seit jenem denkwürdigen 5. März 1981 hat die Justiz keinmal eine so überzeugende Entscheidung getroffen wie jetzt. Neue Verfahren könnten nur in neuen Peinlichkeiten ertrinken. Recht zu sprechen in dem KOMM-Skandal ist längst eine Unmöglichkeit geworden.

In dieser Affäre haben schon von Beginn an die Staatsorgane Eigentore am laufenden Meter geschossen. Eine Übermaß-Reaktion der Polizei, Untersuchungshaft-Entscheidungen im Fließband-Verfahren, Aktenmanipulation der Anklagebehörde, Vorverurteilung der Beschuldigten durch Bayerns Justiz- und Innenminister, Vorverurteilung durch den Ministerpräsidenten Strauß. Erst als der Skandal zu groß war und die Ablösung der Anklagebehörde sowie die Aussetzung des Verfahrens unausweichlich wurde, schwiegen die Minister.

Seither sind immer neue entlastende Aussagen von Polizeibeamten gefunden worden. Es hat sich gezeigt, daß die Haftrichter des Jahres 1981 unisono an Gedächtnisschwäche litten. Ein V-Mann, Kronzeuge der Anklage, entpuppte sich als Zeuge vom Hörensagen. Prompt fand sich ein weiterer V-Mann, der alles tatsächlich miterlebt haben will, der aber durfte noch nicht einmal vermunnt aussagen. In dieser Affäre ließen die handelnden Staatsorgane keine Merkwürdigkeit aus. Es gab von Anfang an zwar 141 Verhaftete, aber darunter nicht einen einzigen, dem mit hinreichender Gewißheit eine Beteiligung an den Sachbeschädigungen jener Nacht nach-



gewiesen werden könnte, wie die Kammer jetzt resignierend festgestellt hat.

Um es noch einmal zu sagen: Auch wenn einige Angeklagte sich nun um den Prozeß "betrogen" fühlen - sie sollten froh sein, daß sich die Justizmühlen nicht weiterdrehen. Käme es zum Verfahren, in der aufgeheizten Nürnberger Atmosphäre wäre ein Ausgang nicht berechenbar. Justament-Verurteilungen sind immer noch nicht gänzlich von der Hand zu weisen. Allerdings reicht es nicht aus, die Verfahren niederzuschlagen und den Justiz-Opfern Haftentschädigung zu gewähren. Es sind auch die Daten jenes 5. März 1981 zu lösen. Denn das wäre wahrlich infam: Wenn die Justiz sich außerstande sähe, ein Urteil zu sprechen, aber der Verdacht noch Jahrzehnte durch die Polizei-Computer geisterte und bei jeder Stellenbewerbung im öffentlichen Dienst sein häßliches Haupt erhöbe.

Und noch etwas muß auf politischer Ebene geklärt werden: Wie wurde der KOMM-Skandal möglich? Wie kam es zur Überreaktion der Polizei und zur wahllosen Massenverhaftung? Wie kam es zur Überreaktion und zum Kettenversagen der Ankläger? Was machte die Haftrichter blind und unfähig zur individuellen Entscheidung? Warum in Gottes Namen decken Bayerns Minister bis in den gestrigen Tag hinein den Skandal von Nürnberg?

141 junge Menschen haben vor über eineinhalb Jahren den Rechtsstaat als Karikatur erlebt - erst jetzt widerfährt ihnen möglicherweise Genugtuung. 141 jungen Menschen saßen damals mindestens viereinhalb Tage in Untersuchungshaft, die meisten zwei Wochen, einige länger. Was müssen sie denken, wenn die Staatsorgane am Ende nur eine Lehre aus dem damaligen Debakel zögen: Daß sie jedenfalls, was nachfolgend immer auch geschehen sei, damals recht gehandelt hätten?

(-/23.12.1982/bgy/ca)

+ + +



Den Menschen helfen

-----  
Zonenrandförderung bleibt deutschlandpolitische Aufgabe

Von Ludwig Stiegler MdB

Vorsitzender des Unterausschusses für Zonenrandförderung des Deutschen Bundestages

Die SPD hat in Bund und Ländern der Zonenrandförderung seit der Konstituierung des ersten Deutschen Bundestages immer ihre besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Von den ersten Hilfsmaßnahmen bis heute reicht das Bemühen, Menschen zu helfen, die ohne eigene Schuld an den Rand des Geschehens gedrängt worden sind (Herbert Wehner). Eine Übersicht über die Behandlung der Förderung des Zonenrand- und Grenzgebietes von der ersten Legislaturperiode bis heute ergibt, daß die erste Große Anfrage "betrifft Hilfe für die Gebiete an der Sowjetzonengrenze" am 11. Juni 1952 von der SPD-Bundestagsfraktion eingereicht worden ist (Drucksache 1/3456). Die Förderung des Zonenrandgebiets hat immer auch die große Aufmerksamkeit des langjährigen Vorsitzenden des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, Herbert Wehner gehabt.

Für die SPD war und bleibt die Zonenrandförderung ein zentraler Bestandteil der Deutschlandpolitik. In der Leistungsbilanz der sozial-liberalen Koalition steht als wichtigster zonenrandpolitischer Bilanzposten das Zonenrandförderungsgesetz vom 5. August 1971, in dem unter Federführung des langjährigen Parlamentarischen Staatssekretärs, Dr. Heinz Kreuzmann im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen die Grundsätze der Zonenrandförderung über den Status bloßer Haushaltsbeschlüsse hinaus gesetzlich festgeschrieben worden sind. Das war eine Entscheidung von großer politischer Tragweite, die die nationale Solidarität mit dem Zonenrandgebiet auch in den Zeiten sichert, in denen auch andere Regionen mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, so daß auch den klassischen Industrieregionen aus der Sicht der Zonenrandpolitiker Verständnis und Unterstützung gewiß sein muß.

Auch der 9. Deutsche Bundestag hat auf Initiative der SPD-Fraktion zwei beachtliche Schritte zur Verbesserung der Förderung des Zonenrandgebiets getan. Er hat die Bundesregierung in zwei Beschlüssen einstimmig aufgefordert, der Bundesbahn als Zielvorgabe die Beachtung des Zonenrandförderungsgesetzes zu geben und die Bundespost durch Kabinettsbeschluß an die Bestimmungen des Zonenrandförderungsgesetzes zu binden. Bisher haben sich beide größten Bundesunternehmen nicht an die Grundsätze des Zonenrandförderungsgesetzes gebunden wissen wollen. An den beiden einstimmig ergangenen Bundestagsbeschlüssen werden sie nicht vorbeikommen.



Es ist nur natürlich und verständlich, daß in Zeiten, in denen wirtschaftliche Schwierigkeiten im ganzen Bundesgebiet entstanden sind, von den Nicht-Zonenrandländern die Zonenrandförderung kritisch hinterfragt wird. Diesem Ziel dient die Bund-Länder-Konferenz der SPD zur Zonenrandförderung, an der bisher in zwei Tagungen Vertreter der SPD-Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktionen der SPD teilgenommen haben.

Als erfreulichstes Ergebnis dieser Beratungen ist festzuhalten, daß die kulturelle und soziale Förderung des Zonenrandgebiets von niemandem in Frage gestellt wird. Auf der anderen Seite wird über Art und Ausgestaltung der Gemeinschaftsaufgabe "Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur" weiter geredet werden müssen. Wer wie das Zonenrandgebiet nationale Solidarität bei der Lösung seiner Probleme fordert, ist selbstverständlich auch gehalten, die nationale Solidarität mit den übrigen Regionen zu wahren. Dabei ist aber verstanden worden, daß die Probleme des Zonenrandgebiets hartnäckig und dauerhaft sind und viele "klassische Industrieregionen" jetzt erst spüren, woran sehr viele Zonenrandregionen seit Jahrzehnten leiden. Es ist auch verstanden worden, daß die Probleme des Zonenrandgebietes durch eine massive Abwanderung teilweise auch "passiv" statt gelöst eher verdeckt worden sind, so daß es nach wie vor nicht nur gerechtfertigt sondern auch notwendig ist, nach Berlin dem Zonenrandgebiet die zweitstärkste Priorität einzuräumen.

Die SPD begrüßt deshalb die Kontinuität der Zonenrandförderung, die in den Haushaltsbeschlüssen des Bundestages zum Ausdruck kommt. Sie warnt aber davor, durch Propagandatricks der neuen Regierung die Leistung für das Zonenrandgebiet künstlich überhöht darzustellen. Das kann nur zur Irritationen bei den Nicht-Zonenrandländern und zur Enttäuschungen bei den Zonenrandländern führen. Entscheidend ist, daß durch die Haushaltsbeschlüsse des Bundestages zum Haushalt 1983 auch unter Berücksichtigung von Preissteigerungen der Standard des Jahres 1982 gehalten wurde. Dazu steht auch die SPD, die in ihrer "Bonner Erklärung zur Förderung des Zonenrandgebiets" die Kontinuität ihrer Zonenrandpolitik unterstrichen hat, was auch im Entwurf des Wahlprogramms zum Ausdruck kommt.

(-/23.12.1982/ks/ca)

+ + +

(Vergleiche Anlage: Bonner Erklärung zur Förderung des Zonenrandgebiets)



D O K U M E N T A T I O N

Bonner Erklärung zur Förderung des Zonenrandgebietes

1. Es war ein entscheidender Erfolg der Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition, gesetzlich im Zonenrandförderungsgesetz vom 3. August 1971 festzuschreiben, daß zum Ausgleich der Auswirkungen der Teilung Deutschlands die Leistungskraft des Zonenrandgebietes bevorzugt zu stärken ist. Damit sind alle Maßnahmen zur Förderung des Zonenrandgebietes aus dem Status bloßer haushaltspolitischer Bestandteil der Deutschlandpolitik geworden, die an der Grenze zur DDR und zur CSSR ein Ausbluten des Grenzlands verhindern will, um auch auf diese Weise dem Ziel zu dienen, einen Zustand des Friedens in Europa zu schaffen, in dem das deutsche Volk seine Einheit wieder erlangt.
2. Zonenrandförderung war, ist und bleibt eine deutschlandpolitische Aufgabe, die über die bloße Notwendigkeit zur Förderung strukturschwacher Gebiete weit hinaus ihren Stellenwert von der Deutschlandpolitik her gewinnt. Deshalb reichen die Instrumente der Zonenrandförderung weit über die steuerliche Förderung und die regionale Wirtschaftsförderung hinaus in ein umfassendes Konzept innerer Entwicklungspolitik.
3. Dieser Grundansatz der Zonenrandpolitik ist sowohl gegenüber den Angriffen aus der Europäischen Gemeinschaft als auch von wichtigen Partnerstaaten, zum Beispiel den USA im Rahmen ihrer Handelspolitik zu verteidigen und offensiv zu erklären. Die Zonenrandförderung ist im EG-Vertrag abgesichert und nicht den Kriterien der Regionalpolitik der Gemeinschaft zu unterwerfen. Als deutschlandpolitische Aufgabe darf sie auch nicht von unseren Bündnispartnern zum Beispiel den USA durch Strafzölle konterkariert werden.
4. Die Bilanz der Zonenrandförderung ist insgesamt positiv. Die Verkehrserschließung hat erhebliche Fortschritte gemacht. Die Förderung von Bildung und Kultur hat



manchen Aufholbedarf gesichert und gewährleistet an der Grenze zur DDR und zur CSSR ein unabdingbares Angebot an kulturellen, Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten. Das gleiche gilt für die sozialen Einrichtungen und das Wohnungswesen.

5. In der gegenwärtigen Krise treten die ökonomischen Schwächen des Zonenrandgebietes wieder besonders hervor. Auch wenn jetzt klassische Industrieregionen mit Problemen zu kämpfen haben, darf darüber die deutschlandpolitische Aufgabe der Entwicklung des Grenzgebietes zur DDR und zur CSSR nicht vernachlässigt werden. Bundestag und Länderparlamente sind Jahr für Jahr wieder gefordert, im Rahmen der jeweiligen Haushaltsentscheidungen die notwendigen Mittel bereitzustellen.
6. Der Förderung des Zonenrandgebietes ist von den Behörden des Bundes, den Bundesunmittelbaren Planungsträgern und im Rahmen der ihnen obliegenden Aufgaben von den bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts besonderer Vorrang einzuräumen. Es ist nicht zu verkennen, daß dieser Vorrang immer wieder gegen Verwaltungsroutine und Widerstände durchzusetzen ist, zum Beispiel bei Bundesbahn, Bundespost und Bundesunternehmen. Es wird eine besondere Aufgabe der nächsten Jahre sein, diesen Zonenrandvorbehalt durch gezielte parlamentarische Aktivitäten voll zur Geltung zu bringen.
7. Die Zonenrandförderung ist unter dem früheren Vorsitzenden des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, Herbert Wöhner, im 1. Deutschen Bundestag begründet worden. Sozialdemokraten haben Regierung und Parlament, in Regierung und Opposition der Zonenrandförderung immer besondere Beachtung und Unterstützung gewährt. Das wird auch in Zukunft so bleiben. (-/23.12.1982/bgy/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

